

Newsletter SVP International

Ausgabe Juli 2014

Wohneigentum in der Schweiz – Quo vadis?

In der Schweiz lebten 2012 37,2 % der Haushalte im eigenen Haus oder in der Eigentumswohnung. Obwohl die Eigenheimquote seit 1970 einer Zunahme von 8,7 % entspricht, ist die Schweiz im Vergleich zu Europa immer noch das Schlusslicht. Im Ausland gehört das Wohneigentum teils zur persönlichen Vermögensbildung und teils zur Sicherung der eigenen Altersvorsorge. Das Eigenheim bedeutet, der finanziellen Freiheit einen Schritt näher zu kommen. Dies haben viele Auslandschweizer erfahren. Längerfristig bieten nämlich Sachanlagen wie Immobilien und Aktien einen realen Inflationsschutz und sichern die zukünftige Kaufkraft ab. Rentenzahlungen aus unseren Pensionskassen ohne Inflationsschutz können das nicht.

Das Gespenst einer möglichen Immobilienblase wollen die Nationalbank und die FINMA mit weiteren Verschärfungen bei der Hypothekenvergabe verjagen. Diese Massnahmen treffen vor allem den schweizerischen Mittelstand und kaum sind diese ein paar Monate in Kraft, will Bundesrat Alain Berset (SP) zusätzlich den Kapitalbezug aus der zweiten Säule zur Finanzierung des Eigenheimkaufes begrenzen. Der Grund sei der Anstieg der Ergänzungsleistungen für Pensionierte, welche sich wegen der Kapitalauszahlung in einer finanziellen Notlage befänden. Allerdings gibt es keine Studien und Fakten, welche beweisen, dass ein Zusammenhang zwischen dem Kapitalbezug und dem Bezug von Ergänzungsleistungen besteht. Die höheren Ausgaben für Ergänzungsleistungen stehen u.a. im Zusammenhang mit den 2008 geänderten Pflegefinanzierungen, welche die Rentner belasten. Das Risiko von zukünftig höheren

Zinsen wird automatisch zu höheren Mieten führen, die Inflation die Kaufkraft schwächen und somit die Budgets der Pensionierten belasten. Der Eigenheimbesitzer kann hingegen seine Wohnkosten durch eine Festhypothek fixieren und absichern, ev. sein Eigentum am Markt vermieten oder seinen Lebensabend durch den Verkauf der Liegenschaft finanzieren. Diese Flexibilität erlaubt den Menschen, welche ein Leben lang hart gearbeitet und gespart haben, selber über die Verwendung ihres Vorsorgekapitals zu entscheiden und den Lebensabend nach eigenen Bedürfnissen zu gestalten. Ergänzungsleistungen werden ohnehin nicht an vermögende Eigenheimbesitzer ausbezahlt!

Übrigens kann jede Pensionskasse die Höhe der Kapitalbezüge in ihrem Reglement festlegen; das Gesetz verpflichtet sie nur, mindestens ein Viertel des obligatorischen Geldes bei Pensionierung bar anzubieten. Bremsen wir also unnötige Regulierungen sowie vom Staat gesteuert Eingriffe in unsere Lebensplanung!

Vom 15. - 17. August 2014 findet in Baden (AG) der 92. Auslandschweizerkongress statt. Die SVP International wird wie jedes Jahr mit einem Stand am Kongress präsent sein.

Am 15. August 2014 werden wir die jährliche Generalversammlung der SVP International in Baden abhalten. Die offizielle Einladung erhalten Sie anbei. Ich hoffe, möglichst viele von Ihnen am 15. August in Baden begrüßen zu dürfen.

Bis bald in Baden, Herzlichst Ihre

Inge Schütz
Präsidentin SVP International

Die SVP ist den EU-Eliten ein Dorn im Auge

Der über 200 Seiten dicke EU-Verfassungsvertrag wurde vor zehn Jahren von den EU-Regierungschefs unterzeichnet. Die Politiker zeigten sich begeistert vom „monumentalen“ Werk. Die Ratifizierung in den Mitgliedsländern schien eine Formsache zu sein, denn in den allermeisten Ländern war das nicht Sache des Volkes. Dies, obwohl es sich um „die grösste europäische Reform aller Zeiten“ handelte.

Nur Nationalisten, Rechtsextreme, Populisten und Spinner könnten dagegen sein, hiess es aus Brüssel und aus den europäischen Hauptstädten. Glaubten und glauben die Funktionäre und Politiker das tatsächlich? Nach verschiedenen Begegnungen mit EU-Repräsentanten bin ich mir bis heute nicht sicher.

EU-Eliten vs. Bürger

Der ambitionierte Vertrag erhielt nie Rechtskraft. Warum? In Frankreich und in den Niederlanden sagte das Volk nein dazu. Es war zwei Mal eine Abfuhr für die EU, ganz besonders für deren Chef-Kommissar José Manuel Barroso. Der war, nebenbei, einmal Geschäftsführer der maoistischen Partei Portugals. Heute nennt er sich „konservativ“. Für gutdotierte EU-Posten würden die europäischen Wendehälse auch ihre Grossmutter verkaufen.

Nachdem die neue Verfassung gescheitert war, schlossen die europäischen Staaten den Vertrag von Lissabon ab. Er war quasi eine Kopie der gescheiterten Verfassung. Dieses Mal durften nur die Iren an der Urne entscheiden. Sie sagten klar nein. Dann klopfte das zentralistische Europa die Widerspenstigen mit allerlei Drohungen weich und liess sie nochmals abstimmen. Schlussendlich sagten die verängstigten irischen Stimmbürger ja. Und der Vertrag trat per Ende 2009 in Kraft.

Barroso vs. Demokratie

Aller Slalomfahrten, Skandale und Schummeleien zum Trotz – der vom Volk nicht gewählte Barroso hielt sich auf seinem Sitz. Immer wenn Europas Stimmbürger ein wenig aufbegehren, ortet er bei

ihnen zwei Probleme: erstens bösen Willen und zweitens psychiatrische Störungen (Spinner, Verrückte). Von Selbstkritik hingegen keine Spur.

Mit den achten Europawahlen von Ende Mai dieses Jahres folgte jetzt die Quittung für dieses Tun. Die grössten EU-Gegner, zum Beispiel Marine Le Pen in Frankreich, landeten sagenhafte Triumphe. Viele Bürger wählten deren Parteien, obwohl sie mit diesen, ausser der europakritischen Einstellung, nicht viel am Hut haben.

Nicht die Populisten-Gruppierungen sind das Problem. Sondern die europäischen Eliten.

EU-Eliten vs. SVP

Über jene Pseudodemokraten kommen wir zum Sonderfall Schweiz. Wer steht bei uns für ein unabhängiges und neutrales Land? Sie wissen es: die bürgerliche SVP, eine vernünftige, grundsolide Partei. Genau das ist Europas Eliten ein Dorn im Auge. Denn unsere Partei steht für die direkte Demokratie. Und dafür, dass Schweizer Politiker und Funktionäre ihr Unwesen nicht auf eine Art und Weise treiben, wie sie in Brüssels Zentrale und in europäischen Ländern üblich ist. Kein Wunder, macht die SVP den EU-Granden keine grosse Freude.

Roland Rino Büchel, Nationalrat (SG)
Vizepräsident Aussenpolitische Kommission
Vorstandsmitglied SVP International

Schweiz ist nicht gleich EU

Gegendarstellung zum Beitrag von Carlos Prieto Cid „Unternehmensgründung durch Ausländer in Spanien“

Im Caminos-Magazin, Ausgabe Mai 2014, (Deutsch und Englisch) kommentiert Carlos Prieto, Rechtsanwalt aus Tarragona, etwas verächtlich einen demokratisch gefällten Volksentscheid der Schweizer Stimmbürger. Zitat: „Die Nachricht, dass in der Schweiz eine Volksabstimmung durchgeführt wurde, mit der entschieden wurde, in Kürze gesetzliche Änderungen durchzuführen, um die Zuwanderung und die Freizügigkeit von EU-Bürger zu beschränken, hat viel Staub aufgewirbelt!“

Während es von der europäischen Politik Prügel für die Schweiz gab, stand der grosse Teil der EU-Öffentlichkeit hinter dem Schweizer Volksentscheid.

Vordringlich ist festzuhalten, dass das – nicht EU-Land Schweiz – anders tickt als die Brüssel-Untertanenlande. Herr Carlos Prieto, hat in Anlehnung an die Volksabstimmung am 9. Februar 2014 betreffend «Masseneinwanderung», schlichtweg keine Ahnung über die direktdemokratischen Verhältnisse in der Schweiz. Höchstwahrscheinlich mehr Staub aufwirbeln dürfte der unpassende Niveauvergleich von Herr Prieto, zwischen der demokratisch regierten Schweiz und Russland; „Russische Staatsbürger unterliegen einem Sonderverfahren wenn sie einer Geschäftstätigkeit in Spanien nachgehen wollen, was wahrscheinlich in Zukunft auch für schweizerische Staatsbürger und Investoren wirksam werde“.

Höflichkeitshalber wäre es wirklich angebracht gewesen, bevor man in Unkenntnis über ein Land herfällt, sich zuerst über die Gepflogenheiten und Traditionen der Schweiz zu informieren. Die Schweiz als einziges Land (weltweit) wird durch das Volk von unten nach oben regiert, d.h. die Schweiz ist eine Referendums-, Initiativ- und Konkordanz-Demokratie.

Die EU auf der anderen Seite versteht absolut nicht, wie die Schweiz funktioniert. Und das geht nicht nur ihr so: Obwohl die Schweiz mitten in Europa liegt und drei der grössten Sprachen Kontinentaleuropas spricht, ist sie dem Rest der Welt ein kompliziert erklärliches Rätsel. Die Granden in Brüssel können sich nicht vorstellen, wie ein System mit so viel Mitsprache der Bürger funktionieren kann. Bedenkt man, Schweizer Bürger werden pro Jahr für Wahlen und Sach-Abstimmungen mehr an die Urne gerufen als ein EU-Bürger während seinem ganzen Leben.

Bei vorgängig erwähnter Volksbefragung ging es einzig und allein darum, die Zuwanderung aus der EU wieder selber zu bestimmen. Die Schweiz als Nichtmitglied des EU-Binnenmarktes betrachtet die unkontrollierbare Einwanderung aus der EU, durch die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative, als definitiv beendet. Es kann nicht sein, dass in Schweizer Gemeinden und Schulen der Ausländeranteil

von teilweise bis zu 60 Prozent übermächtig ist.

Bis zu Neuverhandlungen mit der EU hat der Schweizer Bundesrat nun rasch ein Umsetzungskonzept vorzulegen, wie die Zuwanderung in Zukunft über Kontingente und Höchstzahlen gesteuert wird. Dabei kann er auf den bewährten Regelungen aufbauen, welche zwischen 1970 und 2002 galten. Spätestens in drei Jahren – nach Ablauf der Übergangsfrist der Masseneinwanderungsinitiative – ist die Ära der Personenfreizügigkeit zu Ende und die Schweiz kann die Zuwanderung wieder zum Wohle des Landes und seiner Bürger eigenständig steuern.

Für die 23'500 Schweizer, welche Spanien als Wahlheimat gewählt haben, wie auch für die 70'000 in der Schweiz lebenden Spanier wird sich vorerst nichts ändern. Wobei hervorzuheben ist, dass allein im vergangenen Jahr über 8'000 Spanierinnen und Spanier auf der Suche nach einer besseren Zukunft in die Schweiz ausgewandert sind. Entgegen der eingangs erwähnten falschen Annahme von Herr Prieto, kann grundsätzlich in der Schweiz jede Person, ungeachtet ihrer Nationalität, ein Unternehmen besitzen, gründen oder sich finanziell an einer Firma beteiligen. Je nach Gesellschaftsform gelten unterschiedliche Voraussetzungen; so muss die Besitzerin oder der Besitzer einer Einzelfirma in der Schweiz angemeldet und wohnhaft sein.

Aktuell werden im krisengeplagten Spanien viele Millionen Schweizerfranken investiert für den Wiederaufbau und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. In Girona zum Beispiel investiert der Schweizer Nahrungsmittelkonzern Nestlé in den nächsten zwei Jahren 55 Millionen Franken. Der Schweizer Energieversorger EBL investiert in ein solarthermisches Kraftwerk 180 Millionen Franken, und für eine weitere Gesamtinvestition von 225 Millionen Franken baut das Unternehmen in Südspanien ein thermisches Gross-Kraftwerk. Unzählige Schweizer Industrielle investieren in Spanische Werke und Immobilien.

Viktor Nell, L'Ampolla (E)
Präsident SVP Spanien

EU-Annäherung der Schweiz

Es wäre meines Erachtens von Vorteil, wenn im Rahmen weiterer Verhandlungen mit der EU diese von den Schweizer Unterhändlern nicht unter kompletter Ausblendung der Realität geführt würden.

Oder glauben Didier Burkhalter und seine Eurokraten in der Verwaltung allen Ernstes, dass eine Volksmehrheit in einer Abstimmung unsere 723 Jahre währende demokratische Eigenständigkeit, Freiheit, Unabhängigkeit und Volkssouveränität preisgeben würde für „ein Linsengericht“, von dem lediglich ein paar wenige, ausländisch dominierte Grosskapitalisten profitieren würden? Dies käme einer Verschleuderung unserer höchsten ideellen Güter gegen ein paar Judas-Silberlinge gleich zugunsten von ein paar wenigen „Economie-Egoisten“! Eine vernünftige Wirtschaftselite müsste längst einsehen, dass eine weitere politische Annäherung an die EU vor dem Volk keine Chance hat, was bedeutet, dass auch eine weitere wirtschaftliche Annäherung neu verhandelt werden muss. Dafür stehen die Chancen gar nicht so schlecht, wenn man den Beitrag „Eldorado für die EU“ von Pascal Gentinetta, dem ehemaligen Direktor von „Economiesuisse“, in der „Weltwoche“ liest. Sind wir zu schüchtern, um unsere Trümpfe auszuspielen?

Es wird immer wieder betont, dass z.B. Baden-Württemberg oder Bayern allein für unsere Exportwirtschaft doppelt so wichtig seien wie China, Brasilien und Russland zusammen. Sehen wir uns doch einmal die Kehrseite der Medaille an! Zitat Pascal Gentinetta: "Man höre und staune: Die kleinräumige Schweiz ist heute für die EU-Exportwirtschaft interessanter bezüglich Grösse, Wachstum und Profitabilität als mächtige Länder wie Brasilien, Indien, Russland oder Japan. Neueste Daten der EU weisen sogar eine spektakuläre Entwicklung auf und stellen für unser Land eine kleine Sensation dar! Die Ausfuhren in die Schweiz sind 2013 gegenüber dem Vorjahr um fast 30 % (40 Milliarden Euro) auf 170 Milliarden Euro emporgeschneit. Dieser "Schweizer Beitrag" allein erklärt rund drei Viertel des Exportzuwachses der gesamten EU von 1683 auf 1733 Milliarden Euro. Damit hat die Schweiz China überholt und stellt - hinter den USA - den

zweitwichtigsten Absatzmarkt für die EU dar. Zudem weist die EU gegenüber der Schweiz einen positiven Saldo von 75 Milliarden Euro aus. Der Handel mit der Schweiz war für die EU 2013 netto fast so lukrativ wie der mit den USA." Die Schlussfolgerung des ehemaligen Economiesuisse-Direktors: „Im Elfenbeinturm der Brüsseler Administration werden diese Fakten leider nach wie vor ausgeblendet. Es gelingt offensichtlich, die Schweiz in die Ecke einer Rosinenpickerin zu stellen und damit das eigentliche wirtschaftliche Interesse zu kaschieren. Wie die Statistiken der EU selbst zeigen, entbehrt dies jeglicher wirtschaftlichen Realität.“

Volkes Stimme an den Bundesrat ist immer deutlicher zu vernehmen: Müssen wir uns tatsächlich kleiner machen als wir sind und bei jedem Lüftchen aus Brüssel in Ohnmacht fallen? Dies war nie die Devise der „alten Eidgenossen“ und sollte auch die heutigen „Eidgenossen und Eidgenossinnen“ ermutigen, endlich vor die Haustür zu treten und Ordnung zu schaffen (Gottfried Keller). Zum Schluss ein treffendes Zitat eines Zürcher Kantonsrats: "Früher hiess es, etwas fürchten wie der Teufel das Weihwasser, heute heisst es, etwas fürchten wie die EU die Demokratie“.

Robert Nieth, Walchwil
Mitglied der SVP Spanien



Folgen Sie uns auf Facebook:

<http://www.facebook.com/pages/SVP-International/143892652327095>

Aufruf Wahlen 2015:

Am 18. Oktober 2015 finden die nächsten Nationalratswahlen statt.

Die SVP International wird wieder in einigen Kantonen mit eigenen Kandidaten und Listen antreten, um die Anliegen der Auslandschweizer in den Wahlkampf einzubringen und die kantonale SVP zu unterstützen.

Die genauen Kantone, in welchen wir antreten, stehen noch nicht fest und werden je nach Interesse der Kantonalparteien und der Auslandschweizerkandidaten im Verlaufe des Herbstes bestimmt.

Sollten Sie Interesse an einer Kandidatur auf einer Liste der SVP International oder Fragen zu den Wahlen haben, so melden Sie sich möglichst bald auf info@svp-international.ch

Wir hoffen, auch 2015 wieder mit vielen Kandidaten aus dem Ausland antreten und damit auch die Stärke der SVP International aufzeigen zu können.

*

Sollten Sie als Auslandschweizer noch nicht im Stimmregister einer Schweizer Gemeinde eingetragen sein, so holen Sie dies möglichst rasch nach, damit Sie an allen Abstimmungen und den eidgenössischen Wahlen den Weg der Schweiz mitbestimmen können!

Alle Informationen zur Registrierung und zur Ausübung Ihrer politischen Rechte aus dem Ausland finden Sie hier:

<http://aso.ch/de/beratung/leben-im-ausland/politische-rechte>

Hier kommen Sie direkt zum Anmeldeformular:

http://www.eda.admin.ch/etc/medialib/downloads/edazen/doc/publi/publi2.Par.0019.Fi:le.tmp/Formular%20Meldung%20Stimmrechte%201_2009.pdf

Termine 2014:

Die jährliche **Generalversammlung der SVP International** 2014 findet wie immer im Rahmen des Auslandschweizerkongresses statt (die Einladung sollten Sie anbei erhalten haben):

Freitag, 15. August 2014 um 20:00 Uhr im Grand Casino Baden (AG)

*

Der **Auslandschweizerkongress 2014** findet statt vom **Freitag, 15. bis Sonntag, 17. August 2014 in Baden (AG)**

Die SVP wird wie jedes Jahr mit einem Stand am Auslandschweizerkongress präsent sein. Besuchen Sie uns dort!

Informationen und Anmeldemöglichkeiten finden Sie in Kürze Zeit auf

<http://aso.ch/de/angebote/auslandschweizer-kongress/kongress-2014>

*

Die **Delegiertenversammlungen** der SVP Schweiz finden an folgenden Daten statt:

Samstag, 23. August 2014 in Unterägeri (ZG) mit Stand der SVP International

Samstag, 25. Oktober 2014 in Rothenturm (SZ)

Als Mitglied der SVP International sind Sie immer eingeladen, als Gast oder bei freien Delegiertenkarten auch als Delegierter an einer DV teilzunehmen. **Melden Sie sich auf info@svp-international.ch, wenn Sie an einer DV teilnehmen möchten.**